

Abschlussklärung der Dritten Bil'in Konferenz des Gewaltfreien Widerstands

Die Dritte Bil'in Konferenz des gewaltfreien Widerstands der Basisorganisationen fand im Dorf Bil'in in der Nähe von Ramallah unter breiter Beteiligung sowohl ranghoher Persönlichkeiten als auch der Bevölkerung statt; darunter Premierminister Salam Fayyad, in Vertretung von Präsident Abbas, Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO, Mitglieder des Palästinensischen Nationalrats und Vertreter mehrerer politischer Parteien sowie Gruppen der Zivilgesellschaft.

Überdies gab es auch eine internationale Beteiligung, darunter Delegationen von Friedensaktivisten aus Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, England, Kanada, Irland, Griechenland, der Schweiz, den Vereinigten Staaten und den Niederlanden, neben israelischen Friedensaktivisten.

Die Konferenz fällt zeitlich mit dem 60. Jahrestag der Nakba und 41 Jahren der Besetzung palästinensischer Gebiete zusammen. Die Konferenz findet statt, während israelische Gewaltakte gegen unser Volk ständig eskalieren. Ungeachtet des internationalen Widerspruchs baut Israel die Apartheid-Mauer weiter und setzt seine Kolonisierung und Konfiszierung palästinensischen Lands fort; speziell im besetzten Jerusalem, um die Stadt in offenkundiger Verletzung des Völkerrechts zu judaisieren und vom palästinensischen Hinterland abzutrennen. Israel verfolgt diese Politik nicht zuletzt, um neue Fakten zu schaffen und jedwede politische Lösung des Konflikts zu verhindern.

Gleichzeitig fährt Israel fort, die Palästinensischen Gebiete durch Straßensperren – mittlerweile 590 an der Zahl – zu ghettoisieren sowie durch Hunderte Absperrungen, Hauszerstörungen, militärischen Landnahmebefehlen zusätzlich zur ungerechten Blockade, die über die Palästinensischen Gebiete, insbesondere über den Gazastreifen, verhängt ist sowie zu den Massakern, die diese unmenschliche Praxis begleiten. All das findet trotz des Herbeiredens einer unmittelbar bevorstehenden politischen Lösung statt.

Angesichts dieser schmerzlichen Realität bleibt den Palästinensern keine andere Wahl, als durch aktiven gewaltfreien Widerstand ihre Zurückweisung der gesamten Praxis der Besetzung weiterhin zum Ausdruck zu bringen.

Zur Eröffnung hieß der Lenkungsausschuss der Konferenz die Teilnehmer willkommen und hob hervor, dass so wichtig die Unterstützung des palästinensischen Volkes durch internationale Geldgeber auch ist, ihr stets die Tatsache entgegengestellt werden müsse, dass die Investitionen in Israel von 500 Millionen US \$ im Jahre 2002 auf 37 Milliarden US \$ im Jahre 2007 angestiegen sind, und dies obwohl Israel sich weigert, das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2004 umzusetzen.

Premierminister Fayyad, der in Vertretung von Präsident Abbas sprach, betonte die Bedeutung der Unterstützung und Förderung des Kampfes des Volkes in Palästina, die den fortdauernden Maßnahmen der Israelis gegen das palästinensische Volk entgegengesetzt werden müssen. Fayyad rief Israel auf, einer gerechten politischen Regelung auf der Grundlage der internationalen Legalität und des Völkerrechts sowie dem Gesamtrahmen einer Friedenslösung zuzustimmen, die Sicherheit und Stabilität für beide Völker in zwei benachbarten Staaten entlang den Grenzen von 1967 gewährleistet. Der Premierminister erklärte ferner, dass die Besiedlung und die Schaffung von Fakten vor Ort, Israel keine Sicherheit bringen werden und lobte den Widerstand der Volkskomitees in allen Palästinensischen Gebieten.

Dr. Rafiq al-Husseini, der Stabschef von Präsident Abbas, unterstrich, dass der Kampf des Volks sowie die Schaffung neuer Formen des Widerstands gegen die Besetzung wichtig seien und hob hervor, dass der Weg zur Befreiung Jerusalems, zum Abriss der Mauer, zur

Entfernung der Siedlungen, zur Befreiung der palästinensischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen sowie zur Erlangung der Rechte des Palästinensischen Volks durch Bil'in führe.

Louisa Morgantini, Vize-Präsidentin des Europäischen Parlaments, sagte, dass das Parlament darauf hinwirken müsse, die Besatzung zu beenden, die Blockade aufzuheben und die zwischen beiden Seiten geschlossenen Übereinkommen wiederzubeleben. Sie betonte die Bedeutung der Erfüllung internationaler Resolutionen, insbesondere bezüglich Jerusalem als Hauptstadt beider Völker. Sie sprach auch die tragische Situation in Gaza an und forderte die Beendigung der Belagerung.

Mairead Maguire, die irische Nobelpreisträgerin und Aktivistin, beschuldigte Israel, den Palästinensern ihre elementaren Rechte zu verweigern, und erklärte, die israelische Politik führe zur Verstetigung eines Zustands des Rassismus und zur Schaffung von Fakten vor Ort.

Der frühere amerikanische Präsident Jimmy Carter hatte sich in einem Schreiben an die Teilnehmer gewandt und sagte darin, „Sie beweisen, dass der palästinensische Traum nicht stillschweigend unterminiert werden kann“. Carter betonte, die Fortsetzung der israelischen Politik der Landnahme sei eines der Haupthindernisse auf dem Weg zum Frieden.

Nasser Al Qudwa, Vorsitzender des Yasser Arafat Instituts, betonte, es könne keinen Frieden unter einer Besatzungsregierung geben, die Siedlungen baue.

Die Konferenz erhielt eine Video-Botschaft der Unterstützung von dem vormaligen Generaldirektor von UNESCO Federico Mayor Zaragoza.

Weitere Beiträge kamen von israelischen und internationalen Aktivisten.

Alle anwesenden palästinensischen Parteien sprachen von der Bedeutung des Widerstands der Basisbewegungen und der Wirksamkeit seiner Strategie, die der ersten Intifada gleiche.

In allen Reden wurde die jüngere Erfahrung von Bil'in als Modell für vielfältige Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstands der Basisbewegungen herausgestellt.

Die Konferenz kam überein:

Auf palästinensischer Ebene

1. Die nationale palästinensische Einigkeit ist für die Errichtung eines Staates wesentlich;
2. Die palästinensischen Präsidial- und Regierungsorgane aufzurufen, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass das IGH Gutachten gegen die Apartheid-Mauer und die darauf folgenden UN-Resolutionen ernsthaft umgesetzt werden;
3. Alle offiziellen palästinensischen Stellen aufzurufen, den gewaltfreien Widerstand der Basisbewegungen zu unterstützen und eine entschlossene politische Haltung gegen den Bau der Mauer, gegen die Siedlungen und gegen die Judaisierung von Jerusalem einzunehmen;
4. Alle nationalen Fraktionen aufzurufen, den gewaltfreien Widerstand der Basisbewegungen an oberste Stelle ihrer jeweiligen Programme zu setzen, angefangen vom Boykott bis zum Ziel ihrer vollen Beteiligung an gezielten Aktionen;

5. Den fortgesetzten Kampf des palästinensischen Volks als eines der strategischen Werkzeuge zu unterstützen, das auf der erfolgreichen Erfahrung im Widerstand gegen die Mauer sowie dem Erbe des palästinensischen Kampfes einschließlich der ersten Intifada gründet.

Auf israelischer Ebene

1. Die Beziehungen mit den israelischen Friedensbewegungen zu verstärken, die an unserem Kampf gegen das Besatzungssystem teilnehmen;
2. Jede Form der Normalisierung mit der Besatzung oder ihrer Institutionen und Träger zurückzuweisen.

Auf internationaler Ebene

1. Die Beziehungen mit den internationalen Solidaritätsaktivisten zu verstärken und höhere Zahlen von Friedens- und Gerechtigkeitsaktivisten zur Unterstützung der palästinensischen Sache zu mobilisieren;
2. Organisationen, Gewerkschaften, Vereinigungen, Gruppen der Zivilgesellschaft und internationale Aktivisten aufzurufen, folgendes zu tun:
 - das palästinensische Narrativ zu fördern, um der israelischen Propaganda entgegenzuwirken;
 - Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen zu fördern und alle Bewegungen, Organe und Vereinigungen der internationalen Friedensaktivisten aufzufordern, Kampagnen für Boykott durchzuführen, einschließlich des Abzugs von Investitionen in Israel sowie der Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen, insbesondere im Hinblick auf das Assoziierungsabkommen der EU mit Israel;
 - Internationale Organisationen, vor allem die europäischen Regierungen, die Europäische Union, Japan und die Vereinigten Staaten zu drängen, Israels Bemühung um Verbesserung der Beziehungen abzulehnen, bis Israel seine internationalen Rechtsverpflichtungen, einschließlich der IV. Genfer Konvention erfüllt und von seiner Gewalt gegen das Palästinensische Volk ablässt.

Bil'in, den 8 Juni 2008